

Mein Standpunkt

Es ist gut, wenn die Preise für Strom, Öl und Wohnungen steigen

Beat Kappeler



Die Steuern muss man von den Armen nehmen, sie haben zwar nicht viel, aber sie sind zahlreich.» Mit dieser Empfehlung spottete der französische Humorist Alphonse Allais im 19. Jahrhundert gegen die damaligen Kopfsteuern, denn Reiche und Arme zahlten oft gleich viel.

Was in Steuerfragen tatsächlich zynisch wäre, das muss in Umweltsachen dringend empfohlen werden. Hohe Boden- und Wohnungspreise rationieren knappen Raum, hohe Strompreise regen das Sparen an, hohe Benzin- und Autoabgaben senken den Kilometerwahn. Also soll man sich freuen über hohe Mieten in Zentrumslagen, über zackige Stromtarife und kostspielige Autoausflüge.

In der Praxis aber erheben sich sofort die Bedenkenträger – man darf doch die mittleren und unteren Einkommen nicht so harsch zur Kasse bitten. Doch die westlichen Wohlstandsgesellschaften bieten Massenkonsum, man hat mit Lohnerhöhungen, Preissubventionen, Umverteilungen alle Haushalte mit dem «Anspruch auf die Mittel versehen, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind». Das sagt die Bundesverfassung, und so ist es reichlich geschehen.

In der Folge werden die Umweltressourcen des Landes, Europas, des Planeten unter alle gestreut und milliardenfach durch die einfacheren Haushalte beansprucht. Nur den Reichen ihren Pool auslaufen zu lassen oder die grossflächige Villa zu verteuern, spart bloss wenige knappe Ressourcen. Die vielen müssen sparen, und das sind eben auch alle unteren und mittleren Einkommen.

Die Mechanik der Lohn- und Preisbildung federt aber diese Forderung gleich schon ab. Denn die Verteuerung der knappen Ressourcen läuft über Jahre auf, und während dieser Zeit wirkt die Indexierung ihre besänftigenden Wunder. Die Löhne sind mehr oder weniger an die Inflation gebunden, gerade in der Schweiz, wo Vollbeschäftigung herrscht und die Firmen ihre Mitarbeiter nicht vergraulen, sondern behalten wollen. Damit aber geschieht das Wesentliche. Die gesamten verfügbaren Einkommen

schmelzen nicht dahin, sondern nehmen im Rhythmus der Preissteigerungen zu. Aber die relativen Preise verschieben sich – die knappen Umweltgüter kosten mehr, sie werden dann hoffentlich weniger nachgefragt. Damit aber bleibt auch genügend Geld für die gewohnten, anderen Ausgaben der Haushalte.

Unter den erwähnten knappen Ressourcen geben in der Schweiz gegenwärtig der Boden und der Wohnraum zu reden. Aber es ist wirklich nur das Reden, denn die Fakten sind anders. Die Mieten nahmen im Jahresverlauf um ganz genau 0% zu, gesamtschweizerisch, und in der Stadt Zürich fielen sie von November 2011 bis November 2012 sogar um 1%. Typischerweise aber fand Didier Sornette von der ETH bedeutende Preisdynamiken für Eigentum in Bülach, Aarau oder Monthey. Möglicherweise weicht also die Nachfrage bereits von den teuren Ballungszentren auf andere Flächen aus, ein schönes und gewolltes Ergebnis der relativen Preisverschiebungen. Was hingegen den gesteigerten Massenkonsum insgesamt verrät, ist die Fläche pro Einwohner. Sie stieg innert 40 Jahren von 27 auf 47 Quadratmeter an, und das offensichtlich nicht bei den Villen. Will man Boden und Verkehrswege sparen, muss verdichtet gebaut werden, muss der Preisdruck für alle fühlbar werden und zum Flächensparen zwingen.

Tatsächlich sind neuere Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen im Schnitt kleiner als noch vor zehn Jahren. Vielleicht wirken die höheren Flächenpreise bereits, und hoffentlich künftig noch stärker. Diesen Spardruck durch öffentlich gesponserten Billigboden und Wohnungsbau zu überspielen, ist daher völlig falsch, wenn auch populär.

Energie soll ihrerseits gespart werden, und dies auch von allen. Hier fehlt es noch weitgehend am Preisdruck. Im Strompreis wird den Haushalten und dem Gewerbe weitgehend noch eine Mischrechnung präsentiert, wo der teure Zusatzstrom der Spitzenzeiten aus angeworfenen Gaskraftwerken Europas mit der buchhalterisch abgeschrieben Wasserkraft des Inlands verrechnet und abgedeckt wird. Dagegen erlaubt die Informationstechnik, solche Höchstpreise zu verrechnen und damit die Spitzenlasten zu brechen oder aber dafür bezahlen

zu lassen. Genau gleich subventionieren die steuerlichen Abzüge für den Berufsverkehr das Pendeln und die Zersiedelung. Doch auch beim Energiesparen stören sich Bedenkenträger aus dem Mieterverband an den Mietpreissteigerungen wegen der Isolationen, gerade wenn aus der Atomkraft ausgestiegen werden soll. Aber wer soll denn Strom und Öl sparen, wenn nicht alle acht Millionen Einwohner, und als deren Mehrheit die Mieter auch?

Die wahren Demagogen finden sich allerdings nicht in den Mieterverbänden, das sind nur berufsmässige Armuts-Beweiner. Viele Bundespolitiker haben ebenfalls allzu lange die fällige Liberalisierung des Strommarktes als Massnahme der Preissenkung verkauft. Bei der schon damals anlaufenden Verknappung und der durch den Atomausstieg gesteigerten Enge hätte man das Publikum eher auf Verteuerungen vorbereiten müssen. Da die Sonnen- und Windenergie oft zu den Spitzenzeiten anfällt, würde eine kostenorientierte Tarifierung zu diesen Zeiten die komplexen Subventionen und Einspeisevergütungen weitgehend ersetzen – ohne Bürokratie.

Es gibt durchaus Argumente gegen die Raumplanungs-Vorlage vom 3. März, aber höhere Boden- und Mietpreise zählen nicht dazu, sondern sind erwünscht. Desgleichen höhere Strom-, Öl- und Berufsverkehrskosten für alle. Das ist die Botschaft des Alphonse Allais für heute.